



**Vortrags- und Diskussionsveranstaltung  
aus Anlass des 25-jährigen Bestehens der  
Arbeitsgemeinschaft berufsständischer  
Versorgungseinrichtungen e. V.**

---

Berlin, den 03.06.2003

Einführung: Rechtsanwalt Dr. Kirchhoff, Vorstandsvorsitzender ABV

---

Sehr geehrte Damen  
und Herren Abgeordnete des Deutschen Bundestages  
und der Landtage,  
sehr geehrte Damen und Herren Präsidentinnen  
und Präsidenten sowie Vorsitzende,  
sehr geehrte Gäste, liebe Kolleginnen und Kollegen aus unseren  
Mitgliedseinrichtungen,

namens des Vorstandes und der Geschäftsführung der Arbeitsgemeinschaft berufsständischer Versorgungseinrichtungen begrüße ich Sie herzlich zur heutigen Vortrags- und Diskussionsveranstaltung aus Anlass des 25-jährigen Bestehens unserer Arbeitsgemeinschaft.

Mein erster Gruß, verbunden mit herzlichem Dank für die heute gewährte Gastfreundschaft, gilt dem Bevollmächtigten des Freistaates Sachsen beim Bund, *Herrn Ministerialdirigent Heidemann* aus der Sächsischen Staatskanzlei. Wir freuen uns, dass Sie uns die Vertretung des Freistaates Sachsen beim Bund als besonders würdigen Rahmen für unsere heutige Veranstaltung zur Verfügung gestellt haben.

Stellvertretend für alle Damen und Herren Abgeordnete des Deutschen Bundestages und der Länderparlamente begrüße ich namentlich diejenigen, die im Anschluss an *Herrn Ministerialdirigent Heidemann* Grußworte zugesagt haben. Als Vertreter der Bundesregierung und zugleich für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird das Wort ergreifen der *Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit, Herr Rechtsanwalt Rezzo Schlauch*. Er ist Mittelstandsbeauftragter der Bundesregierung und im Ministerium

---

auch für die freien Berufe zuständig. Für die Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands erwarten wir die Grüße von *Herrn Bundestagsabgeordneten Rechtsanwalt Christoph Strässer*, in der Fraktion ebenfalls zuständig für Mittelstand und freie Berufe.

Für die Bundestagsfraktion der Christlich-demokratischen Union freuen wir uns auf die Worte von *Herrn Abgeordneten Andreas Storm*. Er ist der *Sozialpolitische Sprecher seiner Fraktion*.

Für die Bundestagsfraktion der Freien Demokratischen Partei wird sich *Herr Abgeordneter Dr. Heinrich Kolb* äußern, ebenfalls *Sozialpolitischer Sprecher seiner Fraktion*.

Es ist mir eine besondere Freude, *Herrn Prof. Dr. Rürup* begrüßen zu können. Als Vorsitzender der beiden nach ihm benannten Kommissionen über die Neuordnung der steuerlichen Behandlung von Altersaufwendungen und Altersbezügen und der Nachhaltigkeit in der Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme hat sein Rat besonderes Gewicht und schließt auch die berufsständische Versorgung ein. Wir sind für Ihr Interesse an unserer heutigen Veranstaltung dankbar.

Mein nächster Gruß gilt den Damen und Herren Vertreterinnen und Vertretern aus den Ministerien, insbesondere aus dem für die Sozialpolitik zuständigen Ministerium für Gesundheit und soziale Sicherheit, an ihrer Spitze die *Herren Recht und Sasdrich*, die Vertreter unseres großen Nachbarsystems der gesetzlichen Rentenversicherung, an ihrer Spitze *Herrn Direktor Klaus Michaelis* von der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte. Ich freue mich ebenfalls sehr über die Anwesenheit von Vertreterinnen und Vertretern der Presse.

Es ist mir ein Anliegen, allen Damen und Herren Abgeordneten, auch wenn sie heute wegen anderweitiger Verpflichtungen absagen mussten, für die offene Bereitschaft zu danken, mit der sie uns als Vertretern der berufsständischen Versorgungswerke Zugang gewähren, Gehör schenken und auf unsere Anliegen eingehen. Dieser Dank gilt gleichermaßen auch den Vertreterinnen und Vertretern der für uns zuständigen Ministerien der Länder und des Bundes, soweit diese sozial-, versicherungs- und wirtschaftspolitische Belange zur Aufgabe haben. Wir finden für unsere Anliegen bei Ihnen allen offene Türen und offene Ohren. Unsere Gespräche sind von gegenseitiger Wertschätzung und solidem Vertrauen geprägt, auch wenn unterschiedliche Interessen und kontroverse Standpunkte ausgetauscht werden müssen.

Den Vertreterinnen und Vertretern der Medien gilt unser Dank für faire Berichterstattung.

Ich hoffe, dass dieses in 25-jähriger beharrlicher Interessenvertretung unserer Arbeitsgemeinschaft berufsständischer Versorgungseinrichtungen aufgebaute Beziehungsgeflecht auch für die Zukunft dauerhaft erhalten bleibt.

Wir werden uns bemühen, dazu beizutragen, indem wir trotz konsequenten Einsatzes für die Anliegen unserer Versorgungswerke und insbesondere unserer Mitglieder und Leistungsempfänger Augenmaß bewahren, durch sachliche Argumente überzeugen und uns vor überzogenen Ansprüchen hüten. Vielleicht ernten wir die Früchte unseres eher unauffälligen Auftretens und unseres maßvollen Wunschkataloges, wenn wir in Politik, Medien und Öffentlichkeit Achtung und sachliche Betrachtung erfahren.

Gern wende ich mich den vertrauten Kolleginnen und Kollegen aus unseren eigenen Mitgliedsorganisationen zu. Weil sich die heutige Veranstaltung primär an die Politik und die Öffentlichkeit wendet, haben wir die Einladungen an unseren eigenen Kreis beschränkt auf gewählte Mandatsträger und die Repräsentanten unserer Berliner Mitgliedseinrichtungen. Die große interne ABV-Jubiläumsveranstaltung wird mit der Jahresmitgliederversammlung im November verbunden werden. Bei allen Mandatsträgern unserer Arbeitsgemeinschaft bedanke ich mich aber schon heute für ihren unermüdlichen und uneigennütigen Einsatz und das große gegenseitige Vertrauen, dass uns gemeinsam stark macht. Stellvertretend für alle eigenen Mandatsträger begrüße ich *Herrn Prof. Dr. med. Bialas, langjähriger Vorsitzender des Vorstandes*, meinen verehrten Vorgänger.

Last but not least begrüße ich die Hauptpersonen unserer Vortrags- und Diskussionsveranstaltung. Zunächst danke ich dem Referenten, *Herrn Prof. Dr. Dr. Detlef Merten* von der Verwaltungshochschule Speyer. Wir freuen uns auf seinen Vortrag zu dem Thema "Freie Berufe und Sozialversicherung".

Im Anschluss daran findet eine Podiumsdiskussion statt. Die Leitung hat *Herrn Walter Kannengießer*, der bekannte und renommierte frühere Redakteur für Wirtschaft und Soziales der Frankfurter Allgemeine Zeitung. *Herr Kannengießer* hat nach akribischen Recherchen anlässlich des 20. Gründungstages der ABV das Buch verfasst "In eigener Verantwortung - die berufsständischen Versorgungswerke und ihre Arbeitsgemeinschaft". Dafür gebührt Ihnen herzlicher Dank.

An der Podiumsdiskussion beteiligen sich die *Herren Professoren Dr. Rupert Scholz*, Berlin/München, und *Dr. Dr. Hans-Peter Schneider*, Hannover.

*Prof. Dr. Scholz* verdankt die ABV das Rechtsgutachten "Berufsständische Altersversorgung und gesetzliche Rentenversicherung: zu den verfassungsrechtlichen Grenzen gesetzgeberischer Umgestaltung". Dieses Gutachten war uns bei der Rentenreform 1999/2000 hilfreich, weil wir eine solide Argumentationsgrundlage dafür in Händen hielten, dass das Befreiungsrecht unserer angestellten Berufsstandsangehörigen von der gesetzlichen Rentenversicherung unangetastet bleiben musste. *Prof. Dr. Dr. Schneider* konnten wir gewinnen, uns eine Verfassungsbeschwerde zu entwerfen, falls der Bundesgesetzgeber in der Rentenreform den soeben erwähnten § 6 Abs. 1 Nr. 1 SGB VI tatsächlich zum Nachteil unserer angestellten Mitglieder verändert hätte. Zum Glück brauchten wir diese Verfassungsbeschwerde - wenigstens bislang - noch nicht einzureichen, sondern halten sie als "Schubladenentwurf" vorrätig. Diesen vier Persönlichkeiten, die die Podiumsdiskussion gestalten, danken wir für wertvolle schriftstellerische und rechtsgutachterliche Tätigkeit. Gerade die kritische Distanz und die journalistische und wissenschaftliche Unabhängigkeit, die die erstellten Materialien kennzeichnet, machen diese bei der praktischen Verwendung glaubwürdig und überzeugend. Wir fühlen uns dadurch in der sozialpolitischen und verfassungsrechtlichen Diskussion stark und unangreifbar.

Die Arbeitsgemeinschaft berufsständischer Versorgungseinrichtungen wurde vor 25 Jahren als Dachorganisation der Versorgungseinrichtungen der verkammerten akademischen freien Berufe begründet, um deren gemeinsamen Belange zu vertreten, zu wahren und zu fördern. Unserer Organisation gehören heute 80 berufsständische Versorgungswerke an. Die berufsständische Versorgung als Ausdruck der Selbsthilfe der akademischen freien Berufe in Notfällen hat Wurzeln bereits im 19. Jahrhundert. Als erste öffentliche Einrichtung mit Pflichtmitgliedschaft wurde 1923 die Bayerische Ärzteversorgung gegründet, der 1925 die Bayerische Apothekerversorgung folgte. Seit 1951 wurden weitere Versorgungswerke geschaffen, zunächst in Baden-Württemberg und im Saarland und sodann in rascher Folge nach der Rentenreform 1957, als die Freiberufler von der Mitgliedschaft in der gesetzlichen Rentenversicherung ausdrücklich ausgeschlossen wurden. Bei uns sind über 600.000 anwartschaftsberechtigte Mitglieder und ca. 100.000 Leistungsempfänger versichert. Wir verfügen insgesamt über ca. 70 Mrd. € Bilanzvermögen. Die jährlichen Einnahmen aus Beiträgen und Vermögenserträgen belaufen sich auf ca. je 5 Mrd. €. Unsere jährlichen Rentenleistungen übersteigen 1,8 Mrd. €. Dieses System gilt es zu verteidigen und zu erhalten. Wir hoffen, dass es unserer beharrlichen und effizienten politischen Arbeit in 25 Jahren gelungen ist, dass die berufsständischen Versorgungswerke als eigenständige Rentensicherung im gegliederten System der sozialen Sicherung erhalten bleibt. Wir sind ein kapitalbildendes Alterssicherungssystem und erfüllen unsere Aufgaben ohne Inanspruchnahme des Staates. Im Zusammenhang mit den geplanten sozial- und wirtschaftspolitischen Reformen, die gegenwärtig

tig unter dem Schlagwort "Agenda 2010" behandelt werden, ist es Aufgabe der ABV, die Eigenständigkeit unseres Systems in der derzeitigen Form unter Berücksichtigung der Friedensgrenze des § 6 SGB VI zu erhalten.

Wir kämpfen um die uneingeschränkte Mitgliedschaft sowohl der selbstständig als auch der in abhängiger Beschäftigung tätigen Berufsstandsangehörigen. Wir wehren uns mit aller Kraft gegen die Einbeziehung unserer Mitglieder in eine allgemeine Bürgerversicherung. Ein Baustein dieser sozialpolitischen und verfassungsrechtlichen Bemühungen ist das heutige Referat von *Herrn Prof. Dr. Merten* zum Thema "Freie Berufe und Sozialversicherung". Wir erwarten von ihm insbesondere Aussagen über Anforderungen der Verhältnismäßigkeit und der verfassungsrechtlichen Grenzen einer Ausweitung des versicherungspflichtigen Personenkreises in der gesetzlichen Rentenversicherung durch Einbeziehung weiterer Personengruppen, insbesondere der bereits öffentlich-rechtlich pflichtversicherten Angehörigen der verammerten freien Berufe. Wir argumentieren politisch mit dem Vertrauensschutz, den unsere 600.000 Mitglieder und 100.000 Leistungsempfänger der 80 berufsständischen Versorgungswerke genießen, denen die Gesetzgeber aller Bundesländer landesrechtliche Rechtsgrundlagen geschaffen haben, die bundesgesetzliche Schutznormen begleiten. Wir argumentieren verfassungsrechtlich mit den Grundrechten des Eigentumsschutzes nach Artikel 14, Berufsfreiheit gemäß Artikel 12, der Freiheits- und Gleichheitsrechte nach Artikel 2 und 3 Grundgesetz. Wir argumentieren wirtschafts- und gesellschaftspolitisch mit unserer speziellen demographischen Situation, die aussagt, dass unsere Alters- und Hinterbliebenenrentner zwei bis drei Jahre länger leben als die Gesamtbevölkerung, dass wir für längere Zeiten Kinderzuschüsse und Waisenrenten zu zahlen haben, weil die Kinder unserer Mitglieder erst nach der Existenzgründungs- und Karrierephase geboren werden und weil der Altersunterschied zwischen unseren männlichen Mitgliedern und deren Ehefrauen größer ist, sodass rentenversicherungsrechtlich unsere Klientel ein schlechteres Risiko darstellt. So macht es keinen Sinn, diese in die gesetzliche Rentenversicherung einzufangen.

Ich wünsche uns einen interessanten Nachmittag. Nach den Grußworten, dem Gastvortrag und der Podiumsdiskussion sollen die letzten 15 bis 20 Minuten zur Verfügung stehen, um aus diesem Auditorium Fragen an das Podium zu stellen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und bitte nunmehr *Herrn Ministerialdirigent Heidemann* zum ersten Grußwort.

Hannover, den 02.06.2003

Dr.K/tr